bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 21 | 12. Oktober 2007

Rechte Szene 2

Schwierige Annäherung
Das von der rechtsextremen Fraktion im Europaparlament initiierte Treffen hat eine weitere Spaltung produziert.

Aufmärsche in Kluft
Die Heimattreue Deutsche Jugend gerät unter den Druck der Behörden – der Berliner Innensenator fordert ein Verbot.

Ausland 4

„Zünglein an der Waage“
Mit populistischen Sprüchen zog im September erstmals auch eine rechtsextreme Partei ins griechische Parlament ein.

Antisemitische Tiraden
Bulgarische Rechtsextremisten rüsten sich für die Kommunalwahlen Ende Oktober.

Rückkehr der Kapuzenmänner
Das Gesicht der extremen Rechten in den USA hat sich verändert. Die bisher dominierenden Parteien haben an Einfluss verloren. bnr beschreibt die Entwicklung und Neuorientierung der Szene. (Teil II)

Seitenblick 8

Brauner T-Shirt-Deal
Der Neonazi Thomas Wulff ist sein Amt als Elternsprecher an einer Boizenburger Grundschule los.

Rezension 9

Wachsames Brandenburg
Im Spannungsfeld zwischen Extremismus und Toleranz.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Wo liegt Lemberg?
In der Stiftung Neue Synagoge Berlin ist das faszinierende Porträt einer europäischen Metropole zu besichtigen.

Ein Zentrum der Aufklärung
Zahlreiche norwegische Juden wurden von den Nazis verschlepppt – an sie erinnert ab dem nächsten Jahr ein jüdisches Museum in Oslo.

Meldungen 12

Rechte Szene

Schwierige Annäherung

Das von der rechtsextremen Fraktion im Europaparlament initiierte Treffen hat eine weitere Spaltung produziert.

Der Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität" (ITS) im Europaparlament gelang ein Kunststück. Am 25. September schaffte es ihr Vorstandsmitglied Andreas Mölzer (FPÖ), Vertreter der bundesdeutschen extremen Rechten in Straßburg an einen Tisch zu holen, die sich ansonsten spinnefeind sind. Und nicht nur das: Am Ende setzten die deutschen Gäste – scheinbar einträchtig – sogar gemeinsam ihren Namenszug unter die Grundsatzerklärung der ITS. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die Vorsitzenden von NPD, DVU und Republikanern, Udo Voigt, Gerhard Frey und Rolf Schlierer, der „pro NRW"-Vorsitzende Markus Beisicht und der bei den Republikanern ausgetretene frühere Bundesvize Björn Clemens.

Inhaltlich hat das zunächst nicht viel zu bedeuten. Jene Grundsatzerklärung der ITS, der neben der FPÖ unter anderem der französische Front National, der belgische Vlaams Belang und italienische Neofaschisten angehören, ist lediglich eine mehr oder weniger unverbindliche Stichwortsammlung. Da geht es beispielsweise um die „Anerkennung der nationalen Interessen, Souveränitäten, Identitäten und Unterschiedlichkeiten", die „Verpflichtung gegenüber christlichen Werten, dem Erbe der Kulturen und Traditionen der europäischen Zivilisation" oder die „Verpflichtung gegenüber der traditionellen Familie". Nichts also, was deutsche Rechtsextremisten nicht unterschreiben könnten – sieht man von jenen NPDlern ab, die sich partout nicht damit abfinden mögen, dass man sich christlichen Werten verpflichtet fühlen solle.

Die scheinbare Einmütigkeit hielt denn auch nicht lange, und Mölzers Absicht, eine gemeinsame Kandidatur der deutschen Rechtsextremisten bei der Europawahl im Sommer 2009 zustande zu bringen, dürfte nach wie vor unrealistisch sein. Wie zu erwarten war, gingen NPD und DVU, die sich zumindest verbal immer noch um gemeinsame Wahlantritte aller extrem rechten Gruppen bemühen, offensiv mit dem Treffen um. Sie veröffentlichten auf ihren Internetseiten die Erklärung der ITS-Fraktion inklusive der Unterzeichner. Anders „pro NRW": Die um ein demokratisches Image bemühte „Bürgerbewegung" vermittelte den Eindruck, dass sich lediglich ihr Vorsitzender Beisicht und Generalsekretär Markus Wiener mit Vertretern der ITS getroffen hätten – von NPD und DVU war keine Rede. Aufgeschreckt durch erste Meldungen über das Straßburger Treffen distanzierte sich der stellvertretende „pro NRW"-Vorsitzende Manfred Rouhs öffentlich im Namen seiner „Bürgerbewegung pro Deutschland" von der NPD und der Überlegung gemeinsamer Kandidaturen. Rouhs lehnte „jede positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus ab". „Pro Deutschland" stehe „nicht in einer schwarz-weiß-roten, sondern verbindlich in der schwarz-rot-goldenen Tradition". Am Tag darauf war diese Erklärung wieder von Rouhs' Internetseite verschwunden, was die Vermutung nahe legen könnte, dass die Differenzen innerhalb der „pro"-Gruppierungen über Nähe oder Abstand zur NPD noch nicht ausgeräumt sind.

Am heikelsten war der Umgang mit dem Straßburger Treffen für die Republikaner. Dass man sich mit den „Schmuddelkindern" von der NPD zusammengesetzt hatte, dazu mochte man von sich aus nicht Stellung nehmen. Laut „Junger Freiheit" (JF) erklärte Schlierer jedoch, die Tatsache, dass die NPD mit am Tisch saß, stelle für ihn kein Problem dar: „Es war ja kein Treffen mit der NPD." Beim Europa-Kongress seiner Partei am 6. Oktober in Mainz rief er die „Partner" von der ITS dazu auf, genau zu differenzieren, mit wem sie zusammenarbeiten wollten. Die NPD gehört aus seiner Sicht nicht dazu: Für die Republikaner könne es keine Kooperation mit einer Partei geben, „die weltanschaulich immer noch auf den Grundlagen des 19. Jahrhunderts" stehe.

So hat das Treffen bei der ITS unterm Strich zu keiner Annäherung zwischen REP und NPD geführt. Im Bereich der rechten Publizistik hat es sogar eine weitere Spaltung produziert. JF-Chefredakteur Stein kündigte die Zusammenarbeit mit dem österreichischen Schwesterblatt „Zur Zeit" auf, das von Andreas Mölzer geleitet wird. Ihm attestiert Stein fehlenden Instinkt, da er mit seiner Einladung an Voigt, Apfel, Pastörs & Co. „die NPD und ihr Milieu zu einer diskutablen ‚patriotisch-nationalbewussten Rechten' zählt".

Tomas Sager

Aufmärsche in Kluft

Die Heimattreue Deutsche Jugend gerät unter den Druck der Behörden – der Berliner Innensenator fordert ein Verbot.

Jugendlich, aufmüpfig und kämpferisch soll der Anzeigenjargon in der „Deutschen Stimme" klingen. „Wer dem Fernsehen etwas glaubt, dem hat man das Gehirn geklaut!" heißt es da und weiter: „Funkenflug, die Kampfschrift der Heimattreuen Deutschen Jugend, gegen 3 Euro anzufordern." Die Strategen der HDJ gehen den Schritt in die nationale Öffentlichkeit, um im eigenen Lager für Solidarität zu sorgen. Mit konspirativen Zeltlagern und Gewaltmärschen im Verborgenen ist es weitest gehend vorbei. Zwar finden die Zusammenkünfte wie gewohnt bundesweit statt, zum Beispiel planen die „Leitstellen Nord und Mitte" ab 19. Oktober ein „Jüngerenlager", doch inzwischen gucken Anwohner und Behörden genauer hin. Berlins Innensenator Ehrhart Körting forderte in den „Tagesthemen" sogar das Verbot der Gruppierung, „weil sie ein Weltbild vertreten, das mit unserer freiheitlich, demokratischen Grundordnung in keiner Weise vereinbar ist und sie neonazistische Tendenzen haben".

Die „Funkenflug"-Macher um HDJ-Bundesführer Sebastian Räbiger aus Reichenwalde geben sich nach außen hin gelassen, so rühmt man sich, „dass wir Strafbefehle, Anzeigen und Ermittlungen an unsere Pinnwand heften konnten", aber auch, „dass wir hunderte Leser außerhalb der Reihen der Heimattreuen Jugend werben konnten". In Neonazi-Foren wird über die Erziehung von 7- bis 25-Jährigen durch die HDJ diskutiert, so heißt es im Thiazi-Forum unter anderem: „Die HDJ kann, glaube ich, gute Waffenhilfe für Eltern leisten, um die geistige Hoheit über ihre Kinder im Kampf gegen eine linksliberale Lehrerschaft zu behalten."

Neben zahlreichen NPD-Funktionären tummeln sich auch ehemalige Kader der verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ) in den Reihen der Heimattreuen. Anhänger der „Freien Nationalisten Rhein-Main" beteiligten sich beim „Pfingstlager" in Eschede ebenso an Sperrwurf und Volkstanz wie die NPD-Landtagsmitarbeiter Jörg Hähnel und Michael Gielnik. Ehemals militante Neonazis wie Frank Klawitter aus Greifswald sorgen für die Suppenküche oder streifen einfach wie Manfred Börm und Michael Grewe durch das Lager. Neue Einheiten der HDJ haben sich in Thüringen und Sachsen gebildet. Im April fand nach eigenen Angaben die Gründungsfeier der „Einheit Sachsen-Niederschlesien" statt. „Nach dem Bundeslied und einem dreifachen 'Heimattreu!' weht nun die Fahne der HDJ auch über Sachsen", meldeten die Anhänger um Eric Kaden aus Dresden. In Riesa-Großenhain werden seit Jahren die Konten der HDJ geführt, Sympathisanten kommen auch aus Döbeln und Meißen. Auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im sächsischen Landtag aber hieß aus dem Innenministerium im September: „Ein sächsischer Landesverband der HDJ ist nicht bekannt", demnach seien auch keine Aktivitäten 2007 in Sachsen zu verzeichnen.

Besser informiert sind die Polizeibehörden in Brandenburg. Obwohl die HDJ angibt, ihren Sitz in der „Reichshauptstadt" zu haben, finden zahlreiche Aktivitäten im brandenburgischen Umland statt. Dort leben neben Räbiger auch Funktionäre wie die Bundesführerin Holle Böhm oder der ehemalige WJ-Anführer Wolfram Nahrath. Nachdem am 9. Juni dieses Jahres neun HDJ-Anhänger der „Einheit Preußen" in voller Kluft durch Oranienburg marschiert waren, ließ die Neuruppiner Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen in Sachsen, Berlin und Brandenburg veranlassen. Im Rahmen dieser Ermittlungen seien Uniformen der „Heimattreuen Deutschen Jugend" sichergestellt worden. Unter den Betroffenen soll nach Insiderangaben auch ein ehemaliger Anführer der im März 2005 verbotenen „Kameradschaft Tor" aus Berlin sein. Zwei der Uniformträger, gegen die ermittelt wird, hatten zuvor den „Stützpunkt Oranienburg" der Jungen Nationaldemokraten mitbegründet, ein weiterer sei wegen Volksverhetzung bereits verurteilt worden.

Im „Funkenflug" wurde der Oranienburger Aufmarsch aufgegriffen und als „Wanderung im Grünen und mit Grünen" beschrieben. Im Text heißt es weiter: „Das couragierte Verhalten der toleranten Zivilgesellschaft mit ihren fernsehverseuchten Halluzinationen hatte dann aber wenig Erfolg", denn „nach kurzer Diskussion mit der Polizei über Kluft oder nicht Kluft durften wir dann endlich doch noch (in Kluft) loswandern". Die anschließenden Hausdurchsuchungen finden im „Funkenflug" keine Erwähnung.

Andrea Röpke

Ausland

„Zünglein an der Waage“

Mit populistischen Sprüchen zog im September erstmals auch eine rechtsextreme Partei ins griechische Parlament ein.

In Griechenland sind die Erinnerung an die unsäglichen Verbrechen und Massaker während der nazideutschen Besatzung und den breiten, von Kommunisten angeführten Widerstand gegen die Nazis noch lebendig. So lebendig, dass sogar die konservativsten griechischen Abgeordneten vergangenes Jahr gegen ein dem Europarat vorgelegtes Papier stimmten, in dem Faschismus und Kommunismus als verbrecherische Ideologien gleichgesetzt wurden.

In Zukunft jedoch werden rechtsextreme und faschistische Töne in Griechenland öfter zu hören sein als bisher. Denn auf dem Ticket des „Völkischen Orthodoxen Sammelbeckens“ (LAOS) gelang ausgerechnet dem harten Kern der dort versammelten Faschisten der Einzug ins Parlament.

LAOS-Parteiführer Giorgos Karatzaferis ist eine schillernde Person. Vormals politisch in den Reihen der konservativen Nea Dimokratia verortet, machte Karatzaferis nie ein Hehl aus seiner Verehrung für die Führer der Militärdiktatur in Griechenland (1967–74). Im Gegenteil, mit antisemitischen, rassistischen und homophoben Parolen versuchte der Parlamentarier offen faschistischen Kleinstparteien eine Plattform innerhalb der Nea Dimokratia (ND) zu bieten. Als er dabei allerdings einem Parteifunktionär Homosexualität und ein Verhältnis mit dem heutigen ND-Ministerpräsidenten Kostas Karamanlis andichtete, wurde er im Mai 2000 aus der ND ausgeschlossen.

Kurzerhand gründete Karatzaferis daraufhin im September gleichen Jahres seine eigene Partei, das „Völkische Orthodoxe Sammelbecken“ (Laikos Orthodoxos Synagermos). Das aus den Anfangsbuchstaben des Namens gebildete Kürzel der Partei „LAOS“ bedeutet auf griechisch „Volk“. Mit LAOS gelang nun auch der Schulterschluss zu den anderen rechtsextremen Kräften des Landes. Auf dem Gründungsparteitag sprachen Makis Voridis, Chef der „Griechischen Front“, Pendant des Front National von Jean-Marie Le Pen in Frankreich und Kostas Plevris vom „4. August“, benannt nach dem Putschdatum des Hitlerverehrers und ehemaligen Diktators Ioannis Metaxas.

Weil Nationale Front und LAOS trotz weitgehender inhaltlicher Übereinstimmung bei den Parlamentswahlen im März 2004 noch getrennt antraten, verfehlten beide den Einzug ins Parlament. Bei den Europaparlamentswahlen im gleichen Jahr errang LAOS aber ein Mandat. Auf internationalem Terrain hütete der frischgebackene Europaparlamentarier Karatzaferis nun erst einmal seine Zunge. Antisemitische Hetze wie die, dass Griechenland von Juden (fremd-)gesteuert sei, da die meisten seiner Spitzenpolitiker jüdischer Abkunft seien, war fortan nicht zu hören.

Diese „Aufgabe“ übernahmen national andere. Im Oktober 2005 löste sich die Nationale Front auf, Makis Voridis zog zusammen mit zehn von ihm ausgewählten Funktionären ins Zentralkomitee des LAOS ein. Weitere bekannte Faschisten ließen sich für die letzten Parlamentswahlen am 16. September aufstellen. In Griechenland bestimmen die Wähler durch Kreuze auf der Parteiliste, welche Abgeordnete ins Parlament einziehen. Und bei den Wahlen gab die Klientel des LAOS neben Karatzaferis eindeutig den extremsten Rassisten und Nationalisten den Vorzug. Außer Voridis wird auch Thanos Plevris demnächst in Parlament und Fernsehsendern Reden schwingen. Er verdankt seinen Sitz einzig der Tatsache, Sohn des bekannten Faschisten Kostas Plevris zu sein. Der ehemalige Sekretär des Diktators Metaxas steht derzeit gerade wegen Aufstachelung zum Rassenhass vor Gericht. In seinem letzten Buch hatte Kostas Plevris unter anderem geschrieben, Juden verstünden keine andere Sprache als die Exekution, und Hitler hätte gut daran getan, sie aus Europa zu vertreiben.

LAOS sieht sich als „Zünglein an der Waage“ im neuen Parlament, wo die ND mit einer äußerst knappen Mehrheit von 152 der 300 Sitze regiert. Sollten ND Abgeordnete „abtrünnig“ werden, hat Karatzaferis bereits angekündigt, unter Bedingungen die nötigen Stimmen zu liefern. Ministerpräsident Karamanlis könnte durchaus öfter in die Lage geraten, das Angebot anzunehmen. Ein Blick nach rechts wird zukünftig wohl leider auch in Griechenland öfter nötig sein.

Heike Schrader

Antisemitische Tiraden

Bulgarische Rechtsextremisten rüsten sich für die Kommunalwahlen Ende Oktober.

Am letzten September-Wochenende eröffnete die rechtsextreme Partei Ataka („Attacke") den Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 28. Oktober in Bulgarien. Gastredner war Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des rechtsextremen französischen Front National (FN).

Im Juni 2005 war die im Monat zuvor gegründete, von Volen Siderow geführte Partei mit knapp neun Prozent ins Parlament (21 Abgeordnete bei insgesamt 240 Sitzen) eingezogen. Siderow ist Journalist und schrieb Bücher über eine „globale Verschwörung der Juden". Im Wahlkampf hatte Ataka die große Vergangenheit Bulgariens beschworen und mit Losungen wie „Türken und Roma raus!" oder „Arbeitslager für verurteilte Zigeuner" gehetzt. Diese Hetze fiel auf fruchtbaren Boden. Wie eine im Jahr 2005 veröffentlichte Studie des Bulgarischen Helsinki-Instituts herausfand, soll fast ein Fünftel der bulgarischen Gesellschaft Roma und Türken – und im geringeren Umfang den Juden – so feindlich gegenüberstehen, dass sie ihnen das Recht absprächen, in einem Staat mit „reinen Bulgaren" zu leben. Kurz nach der Parlamentswahl veröffentlichte Ataka auf ihrer Homepage eine Liste bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift: „Die Juden sind eine von der Pest verseuchte, gefährliche Rasse, die es verdienen würde, von der Geburt an entwurzelt zu sein."

Mit Parolen wie „Gebt Bulgarien den Bulgaren zurück" oder „Stopp dem Zigeuner-Terror" liefert Ataka immer wieder landesweite Schlagzeilen. Bei der Präsidentenwahl im Oktober 2006 erzielte Siderow spektakuläre 25 Prozent der Stimmen. Ein gutes Ergebnis erzielte die nationalistische Partei auch bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2007. 14,2 Prozent der Wähler/innen votierten für Ataka und bescherten damit der Partei ein Mandat im Europäischen Parlament. Für Wirbel hatte dort bereits zuvor das Ataka-Mitglied Dimitar Stojanow (24) gesorgt. Stojanow, jüngster Abgeordneter des Europäischen Parlaments, beschimpfte im Oktober 2006, damals noch als Beobachter im EU-Parlament, die ungarische Parlamentskollegin Livia Jaroka, eine Roma, als Prostituierte. Ataka gehört auf europäischer Parlamentsebene der Fraktion „Identität, Tradition und Souveränität" (ITS) an, die im Januar von 20 Rechtsextremisten aus Frankreich, Italien, Belgien, Großbritannien, Österreich, Rumänien und Bulgarien aus der Taufe gehoben wurde.

In Konkurrenz zu Ataka steht die im Februar gegründete Partei Swoboda (Freiheit) von Pawel Tschernew. Tschernew war früher Parteivorsitzender der Ataka und später die rechte Hand von Siderow. Swoboda propagiert den Widerstand gegen den türkischen EU-Beitritt.

Eine Einheitsfront gegen Globalisierung, NATO und EU will die im März 2006 gegründete neonazistische Splittergruppe Gvardija („Garde") schaffen. Als politische Plattform strebt die Roma-feindliche Bewegung, die gegen die „Entbulgarisierung des Vaterlandes" kämpft, einen „sozialen Nationalismus" an. Die „Garde" hat in den vergangenen Monaten mit Straßenschlachten, einem Fackelaufmarsch zum Todestag des Faschisten Hristo Lukov und dem Hissen der bulgarischen Flagge auf dem Mussala, dem höchsten Gipfel im Lande, auf sich aufmerksam gemacht.

An der Spitze der Garde steht Bojan Bojanov-Rassate, Mitbegründer des 2001 ins Leben gerufenen Bulgarischen Nationalen Bundes. Der Bulgarische Nationale Bund (BNS) veranstaltete vom 17. bis 19. September 2004 ein „nationalistisches Lager", bei dem auch „Gäste aus Deutschland" anwesend waren. Grußworte entsandten Gleichgesinnte aus Frankreich, Rumänien und Spanien. Bewunderung fand seitens des BNS der militante Antisemit und notorische Holocaust-Leugner Horst Mahler. Dieser sei „ideologischer Anführer" der „deutschen Nationalisten". Bojanov unterhält Kontakte zu bundesdeutschen Neonazis und zur NPD. Eigenen Angaben zufolge lebte Bojanov während seiner Kindheit fünf Jahre in Stuttgart. Mit der Gründung der paramilitärischen „Garde" hat sich Bojanov möglicherweise ins zeitweilige politische Aus manövriert. Die bulgarische Staatsanwaltschaft hat gegen die Garde Ermittlungen aufgenommen. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft seien die Ziele der Garde verfassungswidrig. Denn Organisationen, die paramilitärische Strukturen aufbauen und unter anderem rassistische Hetze betreiben, sind laut Verfassung verboten.

Anton Maegerle

Rückkehr der Kapuzenmänner

Das Gesicht der extremen Rechten in den USA hat sich verändert. Die bisher dominierenden Parteien haben an Einfluss verloren. bnr beschreibt die Entwicklung und Neuorientierung der Szene. (Teil II)

Umwälzungen ereigneten sich auch in anderen Teilen der extremen US-Rechten wie etwa der rassistischen Skinhead-Szene oder dem KuKluxKlan (KKK). Ende 2005 installierten Anführer von mehr als einem Dutzend Skinhead-Gruppen aus dem Umfeld des gleichnamigen internationalen Skinhead-Netzwerkes mit dem „Blood&Honour Council“ ein gemeinsames Gremium zur Koordination zukünftiger Aktivitäten und Strategien. Die Geburtsstunde der ambitionierten Koalition war gleichzeitig aber auch eine Kampfansage an die Vormachtsposition der „Hammerskins“ (HS), dem seit den späten 1980ern dominierenden Syndikat innerhalb der US-amerikanischen Kahlkopf-Subkultur. Viele jüngere Skinhead-Gangs erkennen die Autorität und den damit verbundenen Loyalitätszwang gegenüber der sich als „Elite der Bewegung“ verstehenden HS nicht an. Die Spannungen zwischen den rivalisierenden Lagern entluden sich bislang vor allem auf Konzerten oder im hart umkämpften Rechtsrock-Markt, der in den USA maßgeblich von Skinheads kontrolliert wird. Zu den aktivsten Gruppen zählt die 1994 entstandene Neonazi-Organisation Volksfront aus Portland, die Ableger in Kanada, Australien, Spanien, Portugal und Deutschland unterhält.

„Nazifizierung“ der Klan-Mitgliedschaft

Deutlich zugenommen haben 2006 nach längerer Schwächeperiode auch die Aktivitäten des KKK, verbunden mit dem Ausbau von organisatorischer Infrastruktur und Rekrutierungsinitiativen. Die nach Ende des US-amerikanischen Bürgerkrieges von Konföderations-Veteranen gegründete und in ihrer Blütezeit in den 1920er Jahren mit 4,5 Millionen Mitgliedern größte rassistische Terrororganisation hat in den letzten Jahren eine Phase der Modernisierung durchlaufen. Expertenschätzungen zufolge besteht der Klan heute aus insgesamt 5000 bis 8000 Personen, die in mehr als 150 voneinander unabhängigen Ortsgruppen, so genannten „Chapters“ oder „Klaverns“ organisiert sind. Während die Hochburgen der zersplitterten Bewegung traditionell in den Staaten des Südens und Mittleren Westens liegen, haben sich deren Aktivitäten in den letzten Jahren auch auf bislang verschonte US-Bundesstaaten ausgebreitet. Zu den wichtigsten Fraktionen zählen die „Imperial Klans of America“ (IKA) aus Kenntucky, die „Knights of the KuKluxKlan“ aus Arkansas oder die mittlerweile in Tennessee ansässige „Brotherhood of Klans“ (BOK).

Neue Allianzen werden geschmiedet

Die Revitalisierung des KKK ist spätestens seit Ende der 1990er Jahre mit einer zunehmenden „Nazifizierung“ der Mitgliedschaft verbunden. Vor allem die Anhänger jüngerer Klan-Gruppen haben die Subkultur rassistischer Skinheads und Neonazis, inklusive Ideologie, Kleidungsstil, Musik, Tätowierungen oder anderer Symbolik adaptiert und sind auf Kundgebungen kaum mehr von diesen zu unterscheiden. Die verbreitet als Kompensationsritual ewiggestriger Fanatiker betrachteten Kreuzverbrennungen mit Roben und Masken werden längst nicht mehr überall praktiziert. Mit den IKA erklärte im Frühjahr 2006 erstmals eine Splitterfraktion des traditionell christlich verwurzelten KKK, künftig in bestimmten Fällen auch „Odinisten, Nationalsozialisten, Skinheads, Konföderierte ... oder andere Kämpfer für die gemeinsame Sache“ aufzunehmen.

Die Suche der extremen US-Rechten nach neuen Strategien äußert sich besonders in den Versuchen, szeneübergreifende Allianzen zu schmieden. So trafen sich im März 2006 in South Carolina Vertreter von NSM, AN und verschiedener Klan-Fraktionen, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten, während beim Gipfeltreffen des „Blood&Honour Council“ die von den Skinheads als politischer Partner auserkorene National Alliance mit am Tisch saß. Bereits seit mehreren Jahren kooperieren verschiedene Einzelpersonen oder Gruppen des Spektrums erfolgreich bei der Organisation von Konferenzen, Waffenbörsen oder Festivals, wie dem „Nordicfest“ (Imperial Klans of America und Blood&Honour USA). Auch die NSM übte bei ihren regelmäßig stattfindenden Demonstrationszügen zuletzt immer wieder den Schulterschluss mit anderen Rechtsextremisten, um eine größere öffentliche Präsenz zu

erzielen. Allerdings waren solche Koalitionen in der Vergangenheit selten von langer Dauer.

Ähnliche Ziele verfolgt seit längerem der bekannte Rechtsextremist David Duke, selbst ernannter Sprecher der „weißen Bürgerrechtsbewegung“. Der in den 1970er Jahren als KKK-Führer profilierte Rassist und Antisemit gilt für viele in der Szene als potenzieller Kopf einer politisch zumindest halbwegs salonfähigen rechtsextremen Sammelbewegung. Seine Tiraden über die Gefahr des zionistischen Imperialismus, die angebliche Zersetzung traditioneller amerikanischer Werte durch eine und die „krankhaft-degenerierte Ausländerkultur“ oder den als Multikulturalismus kaschierten „Genozid“ an der weißen Rasse verbreitet der Gründer der European-American Unity and Rights Organization (EURO) über eine wöchentliche Diskussionsrunde in dem populären neonazistischen Internetportal „Stormfront“, den „Duke Town Hall“. 2004 initiierte Duke das „New Orleans Protokoll“, ein rechtes Manifest, nach dem Nationalisten respektvoll zusammenarbeiten und sich dabei von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele distanzieren sollten.

Machtvakuum auf der Führungsebene

Bekannt ist der wegen Veruntreuung von Spendengeldern vorbestrafte Duke nicht zuletzt durch seine umfangreichen Kontakte zu internationalen Holocaust-Leugnern und anderen rechtsextremen Parteien oder Gruppierungen. In den letzten zwei Jahren besuchte er unter anderem Syrien, die Ukraine, Russland sowie ein halbes Dutzend europäischer Staaten, um Vorträge zu halten, Interviews zu geben oder Neuausgaben seiner antisemitischen Publikationen vorzustellen. Seine ausgiebigen Reisen führten ihn auch mehrfach nach Deutschland zu Veranstaltungen der NPD, deren Abgesandte auf Dukes alljährlichen Konferenzen gleichermaßen zu den „üblichen Verdächtigen“ gehören. Im Dezember 2006 trat Duke als geladener Redner bei der vom iranischen Staatspräsidenten Mahmoud Ahmadinejad initiierten Konferenz zur „Neuuntersuchung“ des Holocaust auf.

Die extreme Rechte in den USA präsentiert sich heute fragmentierter denn je. Weder strukturell noch ideologisch stellt das organisierte „White Supremacy“-Spektrum, welches von sich nach außen moderat gebenden Neonazis à la Duke über gewaltbereite Glatzköpfe und Verschwörungstheoretiker bis zu sezessionistischen Neokonföderierten und paranoiden Milizionären reicht, einen homogenen Block dar. Der durch den Tod der letzten charismatischen und allgemein respektierten Figuren Richard Butler und William Pierce angestoßene Generationswechsel hat zwar ein Machtvakuum auf der Führungsebene hinterlassen, vielerorten aber auch eine Phase der Modernisierung und Revitalisierung in Gang gesetzt, deren Verlierer in erster Linie die großen Mitgliedsorganisationen sind. Nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Skandale um rechte Führungspersonen steht der jugendliche Nachwuchs Parteidisziplin und ideologischem Dogmatismus skeptisch gegenüber. Daneben hat das Internet mit seinen Möglichkeiten die Mitgliedsorganisation als primärer Ort von Informationsaustausch und Kommunikation unter den Gleichgesinnten abgelöst. Profitieren können die Extremisten, inklusive nachhaltig stigmatisierter Gruppen wie im Fall des KuKluxKlans zu beobachten, von der inhaltlichen Besetzung sensibler und in der Bevölkerung mit Ängsten besetzten Themen wie Immigration, Homosexuellen-Ehe, Kriminalität oder christlichen Wertvorstellungen.

Gefährliche „einsame Wölfe“

Die Krise der „Dinosaurier“ (NA, AN) ist nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit einer Schwächung oder gar Zerschlagung der Bewegung, sondern verdeutlicht lediglich die Annahme eines neuen Organisationsmodells. Gestützt durch die technische Entwicklung sind in der radikalen Skinhead- und Neonazi-Szene der USA in den letzten Jahren viele locker strukturierte, miteinander lose vernetzte Gangs, oftmals beschränkt auf eine einzige Stadt oder einen Vorort, entstanden, deren Handeln sich am Konzept vom „führerlosen Widerstand“ des Neonazis und früheren Klan-Führers Louis Beam orientiert. Unabhängige Zellen aus einer oder wenigen Einzelpersonen sind im Gegensatz zu organisierten rechten Gruppen flexibler, schwerer zu fassen und kaum zu infiltrieren. Welche Gefahren dennoch von solchen so genannten „lone wolfs“ (Einsame Wölfe) ausgeht, zeigen die Ergebnisse der von den US-Behörden nach dem 11. September zumindest teilweise auch auf „domestic terrorism“ (einheimischen Terrorismus) ausgedehnten Strafverfolgung.

Michael Funk

Seitenblick

Brauner T-Shirt-Deal

Der Neonazi Thomas Wullf ist sein Amt als Elternsprecher an einer Boizenburger Grundschule los.

Von der Boizenburger Grundschule „Ludwig Reinhard“ sind vor einiger Zeit 28 T-Shirts bestellt worden, die das Logo und den Schriftzug der Schule zieren. Das ist nichts Ungewöhnliches und geschieht alltäglich an vielen Schulen in Deutschland. Ungewöhnlich dürfte hingegen sein, dass die T-Shirts auf Initiative eines in der Region bekannten Neonazis über einen rechtsextremen Textilversand aus Brandenburg gedruckt und geliefert wurden.

Laut Recherchen von „Endstation Rechts“ wollte der Elternrat einer Klassenstufe der „Ludwig Reinhard“-Grundschule im mecklenburgischem Boizenburg T-Shirts für die Kinder herstellen lassen, um sie den Schülern für Sportfeste zur Verfügung zu stellen. In diesem Elternrat sitzt zu diesem Zeitpunkt auch der bekannte deutsche Neonazi und Aktivist der hiesigen Kameradschaftsszene Thomas „Steiner“ Wulff.

Wulff gab den restlichen Eltern zu verstehen, dass er T-Shirts zu besonders günstigen Konditionen organisieren könne und brachte den Textilversand eines Rechtsextremisten aus Brandenburg ins Spiel. Offenbar regte sich unter den übrigen Elternvertretern kein Protest gegen den Vorschlag von Wulff. Dass niemand wusste, wes Geistes Kind Herr Wulff ist, wird man kaum behaupten können, gehört er doch nicht nur zu den bekanntesten Neonazis des Landes, sondern vor allem auch der Region selbst. Schon Ende der 1990er Jahre berichtete die Presse darüber, dass Thomas Wulff gemeinsam mit dem Neonazi Michael Grewe das Gutshaus Amholz in der Gemeinde Teldau gekauft hatte, um es zu einem rechten Treff der Region umzubauen. Oder dass es „Steiner“ Wulff zunächst schaffte, sich im Herbst 2005 in den Kreiselternrat Ludwigslust wählen zu lassen, obwohl er satzungstechnisch gar kein Delegierter war, weshalb seine Wahl später annulliert wurde. Und dass er schließlich im Jahr 2006 als Mitglied der NPD für den Landtag kandidierte und seit einiger Zeit der persönliche Referent des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt ist.

Die T-Shirts wurden beim Textilversand des bekannten Brandenburger Neonazis Gordon Reinholz gedruckt und an die Schule in Boizenburg geliefert. Die Schule hat die Rechnung mittlerweile bezahlt.

Mit dem Finger auf die Grundschule und die Stadt Boizenburg zu zeigen wäre nun denkbar einfach – zu einfach. Denn sowohl die Schulleiterin als auch der Bürgermeister gingen zunächst offen mit dem Vorfall um. Bürgermeister Harald Jäschke betonte im Gespräch, dass die Eltern zwar „unsensibel“ gehandelt hätten, es jetzt aber vor allem darauf ankomme, aus dem Vorfall zu lernen und andere vor denselben Fehlern zu bewahren: „Über unser bestehendes Netzwerk im Landkreis werde ich dafür sorgen, dass alle Schulen für diese Problematik sensibilisiert werden. Das darf sich aus meiner Sicht nicht wiederholen.“

Die von Gordon Reinholz gefertigten T-Shirts sollen jedoch keine Verwendung finden. Mehrere Institutionen der Region boten zwischenzeitlich ihre Hilfe bei einem Neudruck der T-Shirts an.

Nach weiteren Recherchen der „Schweriner Volkszeitung“ wurde übrigens der eigentliche Skandal aufgedeckt: Es stellte sich heraus, dass Wulff nicht nur freie Hand beim Kauf der T-Shirts gelassen wurde, sondern von den Eltern im letzten Schuljahr längst sogar zu deren Sprecher gewählt worden war. Die nunmehr seit Jahren im Raum Ludwiglust ansässigen Neonazis aus Hamburg und Niedersachsen werden im Alltag offenbar zunehmend als „ganz normale Bürger“ akzeptiert.

Da das neue Schuljahr vor wenigen Wochen begonnen hat, standen auch neue Wahlen für die Elternvertretungen ins Haus. Thomas „Steiner“ Wulff trat jedoch aufgrund der öffentlichen Diskussion nicht mehr zur Wahl an. Laut Augenzeugen soll er taktisch klug in einer „flammenden Rede“ den Entschluss seiner Nichtkandidatur damit begründet haben, dass er weiteren Schaden von der Schule abwenden wolle. Ohne Aufdeckung des „T-Shirt-Deals“ wäre der Neonazi Thomas „Steiner“ Wulff wohl ein weiteres Mal zum Sprecher von Eltern Boizenburger Grundschüler gewählt worden.

www.endstation.rechts.de

Rezension

Wachsames Brandenburg

Im Spannungsfeld zwischen Extremismus und Toleranz.

Im Jahr 1990 wird Amadeu Antonio Kiowa im brandenburgischen Eberswalde von einer Gruppe rechtsextremer Gewalttäter ins Koma geprügelt. Der angolanische Vertragsarbeiter wacht daraus nie wieder auf. An diesen ersten fremdenfeindlichen Mord im vereinigten Deutschland erinnern Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke und Lars Rensmann gleich im Einführungstext des von ihnen herausgegebenen Sammelbandes „Rechtsextremismus in Brandenburg“.

Der Mord an Amadeu Antonio Kiowa bleibt beileibe kein Einzelfall. Gewalttätige Übergriffe, martialische Aufmärsche, gar die Gründung eines Ku-Klux-Klan-Ablegers – das alles ist brandenburgische Realität bis zum heutigen Tag. Gleichzeitig haben Landesregierung, Kommunen, staatliche und bürgerschaftliche Initiativen sehr früh begonnen, dem Treiben alter und neuer Nazis engagiert und entschieden entgegenzutreten. Das Buch zeigt die gesamte Bandbreite auf: Es enthält Zusammenfassungen aktueller Studien und Daten über rechtsextreme Einstellungen und Gewaltpräferenzen, unter anderem von Richard Stöss/Oskar Niedermayer und Dietmar Sturzbecher/Heidrun Großmann. Die Mobilisierungsstrategien von Neonazis und NPD werden ebenso benannt wie die verschiedenen rechtsextremen Organisationen in Brandenburg seit 1990 oder aktuelle Handlungsfelder der extremen Rechten. Initiativen wie „Tolerantes Brandenburg“ und das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ kommen ebenso mit Beiträgen zu Wort wie Praktiker aus Verwaltung, Polizei und Justiz. Der Abschnitt „Erziehung und Bildung“ liefert praktische Anregungen für den Umgang mit Rechtsextremismus an Schulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung. Sehr brauchbar ist auch der Serviceteil mit ausführlichen Angaben zu den verschiedenen Initiativen gegen Rechtsextremismus in Brandenburg und einer Auswahl informativer Internetseiten.

Das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Brandenburg sei zwischen 1998 und 2004 um mehr als Anderthalbfache gewachsen, haben Stöss und Niedermayer in ihrer Untersuchung festgestellt, und zwar von 19 auf 33 Prozent. Vor allem an der Peripherie des Bundeslandes hätten die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und gleichzeitig die Hinwendung zu rechtsextremen Haltungen im Untersuchungszeitraum deutlich zugenommen. Es bestehe also Handlungsbedarf. Stöss und Niedermayer folgern aus ihrer Untersuchung, „dass sich Maßnahmen zur Eindämmung des Rechtsextremismus in erster Linie auf die Entwicklung von autonomen, selbstbewussten und demokratischen Persönlichkeiten konzentrieren sollten (…)“.

Wie das gefördert werden kann, zeigt etwa Wolfram Hülsemann in seinem Beitrag „Die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft vor Ort“. So spielten in Brandenburg, schreibt er, Vereine und Verbände eine wichtige Rolle dabei, demokratische Grundwerte in der Alltagswelt zu beleben. In diesem Zusammenhang erwähnt er den Verband der Freiwilligen Feuerwehr Brandenburgs, der sich frühzeitig klar gegen Rechtsextremismus und für Zivilcourage positioniert habe.

Der über 450 Seiten starke Sammelband stellt einen Komplettabriss des Themas dar: Angefangen bei der grundlegenden Definition von „Rechtsextremismus“, Beschreibungen von rechtsextremen Organisationen, Milieus, Aktionen und Symbolen bis zur Auseinandersetzung mit Gewalt und Anregungen zum Umgang mit der NPD ist so ein facettenreiches Werk entstanden, das zum Nachschlagen und Nachlesen einlädt. Leider findet sich auch der ein oder andere Beitrag, der allzu sehr dem Verwaltungsjargon verhaftet ist. Zusätzliche Praxisbeispiele hätten auch den Kapiteln im Abschnitt „Tolerantes Brandenburg“ nicht geschadet.

Doch insgesamt ist hier wichtige Arbeit geleistet worden, ein Sammelband, der aufzeigt, wie die Herausgeber einleitend schreiben, dass Brandenburg zwar ein Rechtsextremismus-Problem habe, aber sehr wohl auch vieles tue. „Das ‘tolerante Brandenburg’ ist mehr als Mythos und Leitbild, Beschwörungsformel in Sonntagsreden und wohlfeile Selbstpräsentation.“ *Gudrun Giese*

Julius H. Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2007, 455 S., 19,80 EUR.

Blick in die Zeitgeschichte

Wo liegt Lemberg?

In der Stiftung Neue Synagoge Berlin ist das faszinierende Porträt einer europäischen Metropole zu besichtigen.

Lemberg „führt das normale Leben einer normalen sowjetischen Großstadt." Es „ist in gewissem Sinn eine Doppelstadt, eine gespaltene Stadt. Die alte Stadt ist da, wird benutzt, aber ist nicht von Stadtbürgern in Besitz genommen." – Wie sehr Karl Schlögels viel gelesene Feststellung aus dem Jahre 1988 inzwischen selbst historisch geworden ist, zeigt eine rundum geglückte Ausstellung, die einen überaus anschaulichen Eindruck von der Vergangenheit und Gegenwart dieser westlichsten Großstadt der seit 1991 unabhängigen Ukraine gibt.

Denn Idee und Konzept dieser Ausstellung beruhen gerade darauf, so die beiden Kuratoren, dass sie im heutigen Lemberg eine große Anzahl von Menschen trafen, die auf der Spurensuche nach der Vergangenheit ihrer Stadt sind, einer Vergangenheit, von der „hier oft nicht mehr die Menschen, sondern nur noch die Häuser erzählen können."

Menschen auf der Spurensuche nach der Vergangenheit der Stadt

Um sie in der Ausstellung zum Sprechen zu bringen, werden eine Vielzahl von künstlerischen Mitteln eingesetzt: Ton- und Filmdokumente, darunter ein bewegender Film mit jiddischem Kommentar über das jüdische Lemberg am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, der allein schon den Besuch lohnt, künstlerische Installationen, Fotosequenzen und großformatige Porträts von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Berlin, die in den neunziger Jahren aus Lemberg emigriert sind und sich an ihr dortiges Leben erinnern. So entsteht das vielschichtige Bild einer Stadt, die sich in dem Bewusstsein ihrer Bewohner auch zu sowjetischen Zeiten immer als westeuropäisch empfand: „In der Westukraine war der eiserne Vorhang nie ganz geschlossen... erinnerte man sich ... noch ganz gut an demokratische Verhältnisse ... jeder Zweite hatte Verwandte in Polen, Deutschland, Kanada oder Australien. Praktisch alle sprachen und lasen Polnisch, viele auch Deutsch und Französisch."

Hierzulande kaum Bekanntes und Überraschendes gibt es auch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit zu entdecken. Etwa die 1872 geborene Opernsängerin Salomea Krushelnytska, die 1904 Puccinis „Madame Butterfly" nach der missglückten Uraufführung zu Weltruhm führte, sie ist hier mit zwei beeindruckenden Tonbeispielen vertreten. Ihr Salon, heute Museum, ist als Puppenstube im Maßstab 1:10 in einem entzückenden Papiermodell zu sehen. Oder die um 1910 von einer Gruppe junger Lyriker propagierte Rückbesinnung auf die jiddische Sprache (einige Beispiele werden von Armin Eidherr vorgetragen). Und schließlich die an französischen Malern wie Fernand Léger und anderen geschulte Künstlergruppe ARTES um Margit Reich und Roman Sielski, die auf die einheimische Kunstszene über Jahrzehnte hinweg großen Einfluß ausübte.

Unentbehrlich und schon für sich allein ein wertvolles Kompendium ist der Begleitband. Der erste Teil enthält historische Momentaufnahmen, unter anderem von Alexander Granach, Alfred Döblin, Józef Wittlin, Stanislaw Lem bis hin zu Juri Andruchowytsch, die, jeweils mit einer knappen historischen Einleitung versehen, in ihrer Gesamtheit einen Längschnitt durch mehr als zwei Jahrhunderte einer vielfach schreckensvollen Geschichte ergeben. In einem zweiten Teil präsentieren und vertiefen insgesamt 14 Autoren jene Themenfelder und Facetten, die in der Form einzelner Bausteine die Ausstellung gliedern: außer den bisher genannten sind dies noch Synagogen und Kirchen, Kneipen und Kaffeehäuser, Universität, Medizin und Rundfunk. Der Band enthält außerdem zahlreiche Fotos in Schwarzweiß, Literaturhinweise, dazu ein Personenregister und einen Stadtplan mit nützlichen Tipps. Unbedingt empfehlenswert.

Theo Meier-Ewert

Die Ausstellung ist bis 2. Dezember in der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin zu besichtigen.

Das Begleitbuch zur Ausstellung: Hermann Simon/Irene Stratenwerth/Ronald Hinrichs (Hrsg.), Lemberg: Eine Reise nach Europa, Berlin 2007, Ch. Links Verlag, 255 S., zahlreiche Abb., 19,90 EUR.

Ein Zentrum der Aufklärung

Zahlreiche norwegische Juden wurden von den Nazis verschlepppt – an sie erinnert ab dem nächsten Jahr ein jüdisches Museum in Oslo.

„Jugend glaubt nicht an Judenvernichtung!“ – Mit dieser Schlagzeile schockte die norwegische Tageszeitung „Dagsavisen“ 2005 die Öffentlichkeit. Ein Jahr zuvor hatte ein großer Teil der Norweger einem Essay zugestimmt, der voller antisemitischer Stereotypen war. Das Thema beschäftigte das norwegische Parlament. Es wurde nach Ursachen für diese Einstellungen gesucht, doch es kamen keine überzeugenden Antworten. Einer der Gründe: Die jüdische Minderheit in Norwegen ist so winzig, dass sie kaum zur Kenntnis genommen wird und sich nicht wirklich in öffentliche Debatten einbringen kann. Das dürfte nun bald anders werden.

Im nächsten Jahr soll in Oslo ein jüdisches Museum eröffnet werden, und die Chancen, den Termin einhalten zu können, stehen gut. Die Chefin des künftigen Museums, Sidsel Levin, bestätigt einerseits die winzige Minorität. „Ja, wir sind marginal. Aber wir haben Spuren hinterlassen.“ Eine dieser Spuren findet man in der Calmeyer Gate 15 b. Dort steht noch immer die einzige Synagoge der Stadt – ein baufälliges Haus mit wenigen Räumen, das die jüdische Gemeinde vor einigen Jahren verkauft hat. Levin hat es nun mit öffentlicher und privater Hilfe zurückgekauft, um das Museum einzurichten. Sie hat mit der Restauration begonnen und unter anderem zwei Dutzend Bilder freigelegt, auf denen die Einwanderung von Juden aus Osteuropa gezeigt wird. Viele sind es nie gewesen, weil der „Judenparagraf“ Juden in Norwegen bis 1851 diskriminierte. Sie waren von den meisten Berufen ausgeschlossen und mussten im Ghetto leben. Erst der Schriftsteller Henrik Wergeland (1808 – 1845) setzte durch, dass der Judenparagraf aus der Verfassung gestrichen wurde. Wergeland wird gern „norwegischer Lessing“ genannt, weil er viel für die Gleichberechtigung der Juden getan hat. 2008 beginnen im ganzen Land Feiern zu seinem 200. Geburtstag. Das neue Museum in Oslo soll zu einem Zentrum der Aufklärung und des Kampfes gegen Diskriminierung werden. Erfolgreich – da ist sich Sidsel Levin sicher.

Dann wird es auch eine Ausstellung über Norwegen im Zweiten Weltkrieg geben. Der begann in der Nacht vom 8. zum 9. April 1940. Mit der Aktion „Weserübung“ wurden Dänemark und Norwegen fast ohne Widerstand besetzt. Deutschland wollte sich mit Narvik im Norden Norwegens den einzigen eisfreien Hafen sichern, über den skandinavisches Eisenerz ins Ruhrgebiet gebracht wurde. Da England auf das Erz angewiesen war, versuchten alliierte Verbände im April 1940, die deutschen Gebirgsjäger aus Norwegen zu vertreiben. Für die deutschen Verbände war die Kapitulation nur noch eine Frage der Zeit, da wurden die alliierten Truppen Anfang Mai 1940 plötzlich zurückgezogen. Der deutsche Angriff auf Frankreich hatte begonnen. Der verlangte den Einsatz aller Kräfte.

Im April 1940 lebten in Norwegen etwa 1700 Juden. Zu Beginn der Besetzung konnten sie ziemlich unbeschwert weiterleben. Das änderte sich mit dem deutschen Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941. In Trondheim hatten die Besatzer bereits im April 1941 die Synagoge zerstört, die Mitglieder der Gemeinde aber noch verschont. Am 23. Juni 1941 wurden im Norden des Landes 60 Juden festgenommen und im Lager Grini interniert. Dagegen blieb es in Oslo mit etwa 800 Juden relativ ruhig. Der Rabbiner der Gemeinde, Julius Isak Samual, wurde zwar verhaftet, aber bald wieder mit der Auflage freigelassen, sich täglich bei der Gestapo zu melden.

Massendeportationen begannen im Frühjahr 1942 in Trondheim und in Oslo. Vor 65 Jahren, am 26. und 27. Oktober und in der Nacht vom 25. auf den 26. November 1942 wurden fast alle Osloer Juden verhaftet und mit dem Schiff „Donau“ über Stettin nach Auschwitz verschleppt. Die Deportation unterstand fast ausschließlich norwegischen Nazis mit dem Kollaborateur Vidkun Quisling an der Spitze. Bereits im Oktober hatten norwegische Kirchenführer gegen die Jagd auf Juden protestiert. Der Text eines Protestbriefes an Quisling wurde Anfang Dezember in allen Kirchen verlesen. Dennoch gingen die Deportationen weiter. Am 25. Februar 1943 mussten weitere 158 Juden aus Norwegen ihre Heimat verlassen – über Berlin nach Auschwitz. Insgesamt 762 norwegische Juden haben die Nazis und die „Quislinge“ verschleppt, 30 haben den Völkermord überlebt. An sie und an die Ermordeten soll vom kommenden Jahr an in dem Osloer jüdischen Museum erinnert werden.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Neonazi wandert in den Knast

Verden – Arwid Strelow, einer der Anführer, der als gewaltbereit geltenden Kameradschaft „Nationale Offensive Schaumburg“ wurde am 10. Oktober vor dem Landgericht in Verden wegen Körperverletzung zu einem Jahr und zwei Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Anfang August 2006 hatte Arwid Strelow gemeinsam mit zwei Kameraden eine private Party gestört. Als sie zum Gehen aufgefordert wurden, schlug Strelow den Vater der 20-jährigen Gastgeberin mit einer Flasche nieder. Insgesamt hatte das Gericht aus acht Straftaten, begangen in einem kurzen Zeitraum 2006, eine Gesamtstrafe zu bilden. Unter anderem ging es dabei noch um Randale in Lindhorst am 23. April 2006, in dieser Nacht seien Schüsse gefallen und Fußgänger wurden bedroht. „Ein ganz schlechter Tag für Sie!“ kommentierte Richter Marcus Tittel, denn innerhalb von zwei Stunden sei der Angeklagte auch noch gegen Beamte vorgegangen und habe den Polizeinotruf mit Anrufen überzogen. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bei einer Neonazi-Kundgebung in Bad Nenndorf und die Zerstörung einer Fensterscheibe gehörten zu den weiteren Delikten. Der bereits vorbestrafte Strelow, der neben Marcus Winter als einer der Köpfe der ehemaligen „Kameradschaft Weserbergland“ gilt, muss zusätzlich, nach einem Bewährungswiderruf, eine Jugendstrafe von elf Monaten antreten. Polizei und zuständiger Richter in Bückeburg nahmen Arwid Strelow einen angeblichen Ausstieg aus der Szene nicht mehr ab. Die Entscheidung des Verdener Gerichts ist rechtskräftig, auf Rechtsmittel wurde verzichtet. (ar)

Führungswechsel bei den JN

Quedlinburg – Der NPD-Jugendverband Junge Nationaldemokraten hat einen neuen Bundesvorsitzenden. Auf dem 37. JN-Bundeskongress in Quedlinburg am 6. Oktober wurde der 25-jährige Politikstudent Michael Schäfer, bislang Amtsleiter Politik und Schulung im JN-Bundesvorstand, in das Amt gewählt. Schäfer, ehemals Kader der Wernigeröder Aktionsfront (WAF), ist zugleich stellvertretender JN-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt und NPD-Kreistagsabgeordneter im Landkreis Harz. Schäfers Amtsvorgänger Stefan Rochow beklagte in seiner Abschiedsrede, dass es in der NPD Personen gebe, die an einem Erstarken der Jugendorganistion kein Interesse hätten. Rochow betonte vor den angeblich 130 angereisten Kongressteilnehmern, dass JN-Aktivisten keine „Jubelperser“ und „Flugblattverteiler“ für die NPD sein dürften. Im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ hatte Rochow im Juni 2006 dazu aufgerufen, den „Kampf um die Straße“ zu verstärken und „verschiedenste Widerstandsformen“ zu entwickeln. Bei Teilen der NPD-Führungsspitze war Rochow daraufhin in Ungnade gefallen. Als Stellvertreter stehen Schäfer der bisherige JN-Bundesvize Philipp Valenta, zugleich JN-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt und NPD-Kreisvorsitzender Salzland sowie der mehrfach vorbestrafte Neonazi Norman Bordin, JN-Landesvorsitzender Bayern und NPD-Landesvorstandsmitglied, zur Seite. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de